



Energie-Control Austria
für die Regulierung der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

recht-post@e-control.at

Wien, 9. Mai 2025

Geänderter Begutachtungsentwurf zur 2. Novelle 2025 der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung. Gemeinsame Stellungnahme der österreichischen Speicherunternehmen, Antrag auf Fristerstreckung und Antrag auf Anhörung in der Regulierungskommission

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der neue Begutachtungsentwurf der E-Control zur GSNE-VO Novelle 2025 sieht in § 3 Abs 3 eine erhebliche Erhöhung des Netznutzungsentgelt für die Ausspeisung aus dem Fernleitungsnetz in das Verteilgebiet von 1,26 auf 2,09 EUR/kWh/h vor. Durch den Wälzungsmechanismus der Fernleitungskosten auf das Verteilnetz bedeutet dies in weiterer Folge eine neuerliche Erhöhung der Transportentgelte an den Speichern. Damit zahlen die österreichischen Endkunden, deren Versorger Gas speichern, die Erhöhung der Kosten doppelt. Ebenso werden im Vergleich zum ersten Entwurf die Speichertarife an den Fernleitungen sowie die grenzüberschreitende Speichernutzung massiv erhöht.

Nach der Verdoppelung der Transporttarife an den Speichern im Verteilnetz zum 1.1.2025 tritt die Gesamtheit der österreichischen Speicherunternehmen im Interesse der Speichernutzer weiterhin vehement gegen diese Erhöhung des Netznutzungsentgelts in das Verteilnetz ein da der Marktwert der Speicher als auch die Versorgungssicherheit massiv gefährdet werden.

Die unterschiedliche Tarifierung der Speicher am Fernleitungsnetz ist ein Systembruch im Vergleich zur Tarifierung der Speicher im Verteilnetz mit einem einheitlichen Tarif. **Deshalb sollte ein einheitlicher Tarif für die Speicher im Fernleitungsnetz gebildet werden, um eine Wettbewerbsverzerrung zwischen einzelnen Speicherstandorten zu vermeiden.**

Wir möchten nochmals darauf hinweisen, dass die Einspeicherperiode 2025 bereits jetzt besonderen Herausforderungen unterliegt. Gleichzeitig fehlen derzeit jegliche Marktsignale, um eine umfassende Einspeicherung zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund erscheint die geplante unverhältnismäßige Erhöhung der Speichertransporttarife weiterhin als kontraproduktiv.

Wir schlagen daher vor, die Kostensteigerungen im Wege des Regulierungskontos über mehrere Jahre zu verteilen, um einen extremen Tarifsprung an den Speicherpunkten im Verteilnetz im Jahr 2026 zu vermeiden und eine höhere Stabilität in der Tarifierung anzustreben.

Angesichts der geänderten Entwurfss Fassungen und kurzen Begutachtungsfristen ersuchen wir um Verlängerung der Stellungnahmefrist bis 30. Mai. 2025.

Aufgrund der massiven Tarifsteigerungen auf die Speichertransporte und wirtschaftlichen Konsequenzen auf die Speichervermarktung stellen wir einen Antrag auf Anhörung in der Regulierungskommission, um unsere Argumente darzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]